PB.I-01-235-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 235 bis 247:
Das heutige Russland entstand nach der friedlichen, von deren damaliger Führung abgewickelten Auflösung der damaligen Weltmacht Nr. 2, UdSSR. Auch und nicht zuletzt die unkluge Politik der europäischen Nachbarstaaten und der USA hat ~~sich zunehmend~~Anteil daran, dass Russland zumindest teilweise dabei in ~~einen~~ seine heutige außenpolitische Rolle gelangt ist. Die NATO wurde trotz Zusagen im Kontext der Wiedervereinigung Deutschlands bis in Teilstaaten der ehemaligen UdSSR hinein ausgeweitet. Manöver, Forderungen über die Dauerstationierung von NATO-Truppen und sogar von Atomwaffen in den Nachbarländern sowie (angeblich gegen den Iran gerichtete) Raketenabwehrschirme wurden und werden von Russlands Politiker*innen, aber auch von Teilen seiner Bevölkerung als massive Bedrohung empfunden.

Auch unter diesen – also vom „Westen“ mitverursachten – Gegebenheiten wurde Russland zunehmend zu einem autoritären Staat ~~gewandelt~~ und ~~untergräbt~~versucht immer offensiver Demokratie und Stabilität in der EU ~~und in~~zu untergraben. In der gemeinsamen Nachbarschaft in Asien haben aber auch die EU, die Türkei und die USA durch die Unterstützung von Diktaturen wie in Aserbaidschan viel Schaden angerichtet.[Zeilenumbruch]
Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Austausch mit ihr in allen Altersgruppen intensivieren. Dabei muss aber auch ein Augenmerk darauf gerichtet werden, dass rechtsextreme, nationalistische Kräfte nicht unterstützt oder gefördert werden.

Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland verhängt wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert~~. An diesen werden wir festhalten und die Sanktionen bei Bedarf verschärfen~~. Wir verlangen, dass die russische - wie auch die ukrainische - Regierung ihre Zusagen aus dem Minsker Abkommen bezüglich der Ostukraine umsetzt. ~~Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist nicht nur klima-~~Für die Krim wollen wir neue diplomatische Initiativen für eine Lösung ergreifen, die sowohl die legitimen völkerrechtlichen Ansprüche der Ukraine als auch die legitimen Interessen der Menschen auf der Krim berücksichtigt. Statt einer nicht zielführenden weiteren Verschärfung von Sanktionen brauchen wir einen neuen echten und ~~energiepolitisch, sondern~~konstruktiven Dialog auf Augenhöhe mit Russland, sowohl mit der Regierung wie auch ~~geostrategisch schädlich – insbesondere~~mit der Zivilgesellschaft. Trotz aller Differenzen setzen wir uns für ~~die Situation~~eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der ~~Ukraine –~~russischen Regierung im NATO-Russland-Rat ein. Eine Lösung dieses Konfliktes kann nur eine diplomatische sein. Militärisches Säbelrasseln und ~~muss~~Drohgebärden lehnen wir daher ~~gestoppt werden~~als völlig kontraproduktiv ab.

> Die großen Krisen wie Klimaveränderung und Pandemie lassen sich nur in gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und technologischen Anstrengungen lösen. Dieser Kampf ist auch essentiell zur Verwirklichung der Menschenrechte. Sicherheit ist nicht gegen, sondern nur im Dialog mit Russland erreichbar. Wir brauchen eine neue Phase der Entspannungspolitik, wie die, welche in den 70er Jahren zur weltweiten Abrüstung, zur Deeskalation, zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) sowie zur Wiedervereinigung Deutschlands führte.

Begründung

Der bisherige Programmteil zu Russalnd formuliert die Haltung der Grünen Partei als künftiger Regierungspartei zu unausgewogen und zu wenig in die Zukunft gerichtet, in der wir - wie auch immer - eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russland, auch mit seiner Regierung, brauchen werden. Der Weg dorthin fehlt in den bisherigen Formulierungen. Mit Verschärfungen bis hin zu hier und an anderer Stelle geäußerten Drohungen kommen wir nicht weiter, im Gegenteil, einen unverantwortbare Eskalation wird wahrscheinlicher.

weitere Antragsteller*innen

Heinz Zemke (KV Braunschweig); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Walther Moser (Freiburg KV); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Angelika Wilmen (KV Berlin-Pankow); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Jutta Jankowsky-Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Monika Lazar (KV Landkreis Leipzig); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Silke Hemke (KV Stade); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Olaf Weber (KV Weimar-Stadt); Reinhard Bayer (KV Gießen); Andreas Müller (KV Essen); Berti Furtner-Loleit (KV München); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Matthias Dittmer (KV Berlin-Kreisfrei); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Dietmar Günther (KV Dresden); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Karl-Heinz Trick (KV Ortenau); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Eberhard Müller (KV Ortenau); Tabitha Elkins (KV Erlangen-Stadt); Thomas Reimeier (KV Lippe); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Ruth Birkle (KV Karlsruhe-Land)